

"Erfolgreicher" Einstieg in die Politik

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359759>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

"ERFOLGREICHER" EINSTIEG IN DIE POLITIK

Seit 1981 haben wir OFRA-Frauen von St. Gallen einen Sitz im Gemeinderat. Für uns bedeutet dieser Sitz eine Möglichkeit für Öffentlichkeitsarbeit, sowie auch nicht-realpolitische Forderungen stellen zu können. Als Frauen müssen wir die eingespielten, oft verhängnisvollen Mechanismen zu durchbrechen versuchen und auch im Parlament neue Wege gehen. Wir liessen uns deshalb als Gruppe wählen und nicht als einzelne Frauen. (Es sollte ein Zeichen gesetzt werden gegen die Untervertretung der Frauen im Parlament). Die Gemeinderatsarbeiten werden in der Gruppe getätigt, und so ist es möglich, dass jedes Jahr eine andere Frau amtiert. Mit dem neuen Amtsjahr erfolgte auch der erste Wechsel. Herta Lendemann (unsere erste Gemeinderätin) übergab ihren Sitz Marina Widmer und somit führten wir das Rotationsprinzip ein. Wir wagten es also, nicht aus den üblichen Gründen, wie z.B. Krankheit, Arbeitsüberlastung, Wohnsitzwechsel den Sitz weiterzugeben, sondern damit nicht eine einzige Mandatsinhaberin vier Jahre lang ihre Kräfte verschleisst und dadurch einer gewissen Zermürbung durch die Selbstgefälligkeit der bürgerlichen Mehrheit zum Opfer fällt. Die Einführung des Rotationsprinzips löste heftige Diskussionen und Empörungen aus.

Rotationsprinzip im Gemeinderat?

Die Ankündigung der Politischen Frauengruppe (PFG), sie wolle ihre Gemeinderätin Herta Lendemann durch Marina Widmer ersetzen und so zu einem Rotationsprinzip übergehen, löst Kopfschütteln aus. Unser bewährtes und in der Verfassung festgehaltenes System der vierjährigen Amtsperiode, das eine gewisse Kontinuität der Räte gewährleistet, soll durchbrochen werden.

. Der Wähler muss erwarten können, dass ein Bürger, der sich für ein Amt zur Verfügung stellt, auch bereit ist, dieses Amt im Sinne von Verfassung und Gesetz auszuüben. Wenn der Stadtrat heute schon weiss, dass Marina Widmer in einem Jahr bereits wieder den Hut nehmen will, dürfte er ihr den Einzug ins Stadtparlament heute gar nicht erst ermöglichen. Bei der PFG fehlt offenbar der Wille, sich nach Verfassung und Gesetz zu richten. Nur der oberflächliche Leser sieht hier politische Naivität.

Dr. P. Flaad, Fraktionschef FDP

Bis anhin haben H. Lendemann und M. Widmer folgende Anfragen und Motionen eingereicht.

- Motion Herta Lendemann betreffend Verbot von rollenspezifischen Plakaten auf städtischem Boden.

Wie oft sehen wir doch die Vermarktung des weiblichen Körpers – rollenspezifische Bilder, die die Frau sowohl dümmlich und angepasst, als auch in ihrer Tätigkeit auf den Mann ausgerichtet darstellt. Wir wehren uns gegen diese Diskriminierung.

Dazu drei Zitate aus dem Gemeinderat:

"Es geht doch nicht, an die Werbung höchste ethische Ansprüche zu stellen, die man sich z.B. in der Politik nie zu stellen getrauen würde, weil sonst das grosse Schweigen ausbrechen müsste. Was wird nicht alles missbraucht in der Politik, ich möchte da keine Beispiele geben..."

Löepfe, Gemeinderat CVP

"Kaufen Sie doch den Büstenhalter X, wenn Ihnen die Werbung der Büstenhalterfirma Y nicht passt..."

Stehle, Gemeinderat FDP

"Die Motion ablehnen fällt insofern schwer, weil ich da einer hübschen jungen Frau, welche sich so tapfer für eine rollenfreie Frauenrolle eingesetzt hat..."

Und "trotzdem" wurde diese Motion abgelehnt.

- Anfrage Herta Lendemann bezüglich städtischer Stelleninserate in den Jahren 1979/80.

Der Stadtrat antwortete uns, dass 13 bzw. 17% der Inserate an beide Geschlechter gerichtet sind. Trotz dieser auftrüttelnden Zahlen änderte sich nichts in der Praxis des Stellenausschreibens. Aus diesem Grund sahen wir uns gezwungen, eine Motion (Marina Widmer) einzureichen. Wir beauftragten den Stadtrat, inskünftig dafür zu sorgen, dass alle städtischen Stelleninserate an beide Geschlechter gerichtet werden.

Diese Motion wurde als juristisch ungültig erklärt, da Stelleninserate dem Stadtrat und nicht dem Gemeinderat unterstehen. Erneut reichte M. Widmer diese Motion in abgeänderter Form ein, womit sie jetzt rechtsgültig ist. Wir warten auf den Entscheid.

- Motion Marina Widmer betreffend öffentlichen Beitrags zur Verbesserung der persönlichen Bewegungsfreiheit von Frauen.

Aggression und Gewalt gegen Frauen sind in der Erziehung und Gesellschaft angelegt.

"Nimm nichts von einem Fremden an", "Steige niemals zu einem Fremden ins Auto", "Sei immer freundlich und anständig", wird jedem Mädchen von klein auf eingetrichtert.

Den Frauen empfiehlt man schlecht ausgeleuchtete Orte zu meiden, nachts nur in Begleitung auszugehen oder allenfalls auf eigene Kosten ein Taxi zu nehmen usw.

Die Frauen müssen sich einschränken, sich verstecken, ihnen wird also die Verantwortung zugeschoben. Wer sich nicht an diese Vorbeugungsmassnahmen hält, ist bei einer Vergewaltigung selber schuld, Gerichtsverfahren und Gerichtsurteile bestätigen das immer wieder.

Wir ersuchten den Stadtrat deshalb, folgende Forderungen zu prüfen.

1. von der Stadt finanzierte Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen
 2. Entschädigung durch die öffentliche Hand an Frauen, für Taxifahrten nach Einbruch der Dunkelheit und in abgelegene Wohngegenden.
 3. Anrecht der vergewaltigten Frauen auf eine von der Stadt finanzierte Therapie.
- Der Entscheid dieser Motion ist noch hängend. Susanne, Barbare und Margot

So bitte nicht!

«Wir Frauen wollen weder in unserer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, noch Kosten und Verantwortung allein tragen für ein gesamtgesellschaftliches Problem», sagte die 22jährige Vertreterin der Politischen Frauengruppe im St. Galler Gemeinderat. Und darum soll der Stadtrat drei Forderungen prüfen: ... siehe oben

sen wir Frauen. Wir wissen aber auch, dass es nicht über den simplen Weg einer Motion gelöst werden kann. Die Motionärin weiss das ebenfalls, aber sie schert sich einen Deut um die parlamentarischen Spielregeln. Unmöglichkeit Forderungen zu stellen ist einfach – die Konsequenzen zu sehen, sehen zu wollen, ist etwas anderes. Hauptsache, die Frau kommt ins Gerede – in der Stadt und in der ganzen Schweiz,

. Wir wehren uns gegen einzelne Frauen, die der gemeinsamen Sache der Frau mehr schaden als nützen, die seröse Aufbauarbeit zugunsten der Frau zerstören,